

überdachtem Freisitz zulässig. Zu den Parzellengrenzen ist ein Mindest-

abstand von 1,50 m einzuhalten. Die Mindestgrundstücksgröße beträgt

1.2 Eine Unterkellerung der Lauben sowie die Anlage von Feuerstellen sind nicht

2.1 Als Eingrünung zur freien Landschaft werden 2 m breite Flächen zum An-

pflanzen von Bäumen und Sträuchern festgesetzt, die mit einheimischen Ge-

Feldahorn *

Hainbuche *

Waldrebe

Roter Hartriegel

Pfaffenhütchen

Jelängerjelieber

Efeu

Hopfen

Liguster *

Kreuzdorn

Hundsrose

Buschrose

Weinrose

Kratzbeere

Die mit * gekennzeichneten Arten können auch als geschnittene Hecke ge-

Nadelgehölze sind langfristig durch einheimische Laubbäume zu ersetzen.

2.2 Alle vorhandenen einheimischen Gehölze sind zu erhalten. Standortfremde

Eine Neupflanzung von Nadelgehölzen ist nicht zulässig.

Schwarzer Holunder

Gewöhnlicher Schneeball

Zweigriffeliger Weißdorn *

2. GRÜNORDNERISCHE FESTSETZUNG GEMÄSS § 9 (1) NR. 25 BAUGB

hölzen zu bepflanzen sind, z.B.:

Acer campestre

Carpinus betulus

Cornus sanguinea

Corylus avellana

Hedera helix

Rosa canina

Humulus lupulus

Ligustrum vulgare

Lonicera caprifolium

Rhamnus carthatica

Rosa dumentorum

Rosa rubiginosa

Rubus caesius

Sambucus nigra

Viburnum opulus

pflegt werden.

Crataegus laevigata

Euonymus europaeus

Clematis vitalba

400 m².

2.4 Mindestens zwei Außenwände der Lauben sind mit Rank- und Kletterpflanzen

Clematis vitalba Waldrebe Efeu Hedera helix Humulus Iupulus Hopfen Lonicera caprifolium Jelängerjelieber Parthenocissus quinquefolia Wilder Wein Echter Wein Vitis vinifera Kletterrosen, Spalierobst

zu begrünen.

Vorhandene Gebäude, die nicht aus landschaftsgerechten Materialien bestehen, sind bis zu ihrer Erneuerung vollständig einzugrünen.

- 3. MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT GEMÄSS § 9 (1) NR. 20 BAUGB
- 3.1 Auf den privaten Grünflächen ist die Verwendung von synthetischen Düngeund Pflanzenschutzmitteln nicht zulässig. Ausgenommen sind Verfahren des biologischen und biologisch-technischen Pflanzenschutzes. Die Verwendung von Torf ist nicht gestattet.
- 3.2 Die vorhandenen Grünland- und Streuobstbestände sind zu erhalten und zu pflegen. Alle Obstbäume sind bis zu ihrem Höchstalter zu pflegen und abgängige rechtzeitig durch Hochstämme zu ersetzen. Eine Beweidung mit Schafen ist erlaubt.
- 3.3 Auf Parzelle 545 erfolgt eine Anpflanzung mit hochstämmigen Obstbäumen (Pflanzverband 10 x 10 m).
- 3.4 Im Süden der Parzellen 547, 548 und 549 wird ein 5 m breiter Ackerwildkrautstreifen festgesetzt. Dünger- und Biozidanwendung ist hier nicht zuläs-
- 3.5 Auf allen Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaftt ist die Verwendung von Bioziden und synthetischen Düngemitteln verboten. Die Maßnahmen sind von den privaten Eingreifern zu tragen.

B. BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN GE- C. HINWEISE UND NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN MÄSS § 9 (4) BAUGB I.V. MIT § 87 HBO

(Datum)

(Unterschrift)

Katasteramt

4. GEBÄUDE Die Traufhöhe der Gartenlauben darf 2,10 m - gemessen ab der Oberkante des gewachsenen Bodens - nicht überschreiten.

DACHGESTALTUNG Für die Hütten sind Satteldächer mit einer Dachneigung zwischen 20 und 40° vorgeschrieben.

6. BAUGESTALTUNG Äußere Wände sind nur in Holzbauweise (z.B. Bretterschalung) auszuführen. Fundamente sind nur als Punkt- oder Streifenfundamente zulässig. Außenanstriche sind nur in gedeckten Farben zulässig. Als Dacheindeckung

ist die Verwendung von Ziegeln oder Bitumenschindeln in roten oder rotbraunen Farbtönen zugelassen, sofern kein Grasdach errichtet wird. 7. EINFRIEDUNGEN Als Einfriedungen sind bis zu 1,50 m hohe Zäune ohne Sockel zulässig. Die

Zaunhöhe zwischen den Kleingartenparzellen darf 1,0 m nicht überschreiten. Bei Maschendrahtzäunen muß die Maschengröße mindestens 5 x 5 cm betragen. Die Einfriedung ist mit einem Abstand von mindestens 0,10 m zur Erdoberfläche zu errichten. Die Zäune sind in die festgesetzten Pflanzungen zu integrieren.

GESTALTUNG DER NICHT ÜBERBAUBAREN GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN Die nicht überbauten Grundstücksflächen sind als gärtnerisch gestaltete und genutzte Grünflächen oder als Natur- bzw. Streuobstwiese anzulegen. Das Abstellen von Wohn- oder Bauwagen ist innerhalb des Geltungsbereiches nicht gestattet.

9. GESTALTUNG DER VERKEHRSFLÄCHEN Die vorhandenen Wege innerhalb des Geltungsbereiches sind wie bisher zu erhalten. Die Wege innerhalb der Gartenflächen dürfen nur in wasserdurchlässiger Bauweise gestaltet werden. Die Zufahrten zu den landwirtschaftlichen Flächen bleiben unberührt. Innerhalb der Grünflächen ist die Anlage von Stellplätzen nicht gestattet.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Butzbach hat diesen Bebauungsplan

am 04.08.1997 gemäß § 10 BauGB und die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen

Der als Satzung beschlossene Bebauungsplan ist dem Regierungspräsidium am

Die ortsübliche Bekanntmachung des Anzeigeverfahrens gemäß § 12 BauGB erfolg-

Mit dieser Bekanntmachung wurde der Bebauungsplan rechtverbindlich.

. gemäß § 11 BauGB angezeigt worden.

17. Feb. 98

(Datum)

(Unterschrift)

(Datum)

(Datum)

(Unterschrift) Bürgermeister

(Unterschrift)

Genehmigungsbehörde

Bürgermeister

.. erklärt, daß der Bebauungsplan

SATZUNGSBESCHLUSS

Butzbach

gemäß § 87 HBO als Satzung beschlossen.

Das Regierungspräsidium hat am ...

Rechtsvorschriften nicht verletzt.

te in der Butzbacher Zeitung vom ...

10. BODENFUNDE Bei Erdarbeiten entdeckte Bodendenkmäler wie Mauern, Steinsetzungen, Bodenverfärbungen und Fundgegenstände (z.B. Scherben, Steingeräte, Skelettreste etc.) sind gem. § 20 Hessisches Denkmalschutzgesetz zu behandeln. Fundmeldungen sind unverzüglich an das Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Abteilung Archäologische Denkmalpflege, den Magistrat der Stadt Butzbach oder die Untere Denkmalschutzbehörde beim Kreisausschuß des Wetteraukreises zu richten und die Funde in unverändertem Zustand zu erhalten und gemäß § 20 HDSchG in geeigneter Weise bis zu einer Entscheidung zu schützen.

. GRUNDWASSERNEUBILDUNG, BRAUCHWASSER Das Niederschlagswasser von den Dachflächen ist in oberirdischen Behältern aufzufangen und als Brauch- oder Gießwasser zu verwenden. Der Bau von Teichen ist nur in ungebrannter Ton- oder Folienausbildung mit abgeflachten Ufern zulässig.

Eine Grundwasserentnahme aus Gartenbrunnen ist der Unteren Wasserbehörde anzuzeigen. Zentrale Wasserversorgungs- bzw. Abwasseranlagen sind nicht vorgesehen.

Die §§ 41- 43 HBO sind zu beachten.

12. PFLEGE DER GRUNDSTÜCKE

Alle Grundstücke sind so zu pflegen, daß der Naturhaushalt und das Landschaftsbild nicht wesentlich beeinträchtigt werden und der Erholungswert für die Bevölkerung erhalten bleibt; pflegepflichtig sind die Eigentümer. Innerhalb des Schutzstreifens der 20-kV-Freileitung dürfen nur niedrig wachsende Bäume und Sträucher angepflanzt werden, die im ausgewachsenen Zustand nicht näher als 2,50 Meter an das Leiterseil bei größtem Durchhang heranreichen. Alle Gehölze innerhalb der Schutzzone, die die max. Wuchshöhe überschreiten und somit in den Gefahrenbereich der Freileitung einwachsen, sind auf Veranlassung hin vom Grundstückseigentümer zu entfernen bzw. zurückzuschneiden

13. ABFALLWIRTSCHAFT

PLANZEICHEN

(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)

(§ 9 Abs. 1 Nr. 13 und Abs. 6 BauGB)

(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)

(§ 9 Abs. 1 Nr. 18 und Abs. 6 BauGB)

befahrbare Graswege

Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung:

HAUPTVERSORGUNGS- UND HAUPTABWASSERLEITUNGEN

oberirdisch (20 kV-Freileitung mit Schutzstreifen)

Private Grünflächen - Nutzgärten

FLÄCHEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT UND WALD

Fläche für die Landwirtschaft

VERKEHRSFLÄCHEN

GRÜNFLÄCHEN

Werden im Rahmen von Baumaßnahmen, insbesondere bei Ausschachtungsmaßnahmen, Bodenkontaminationen oder sonstige Beeinträchtigunger festgestellt, von denen eine Gefährdung für Mensch und Umwelt ausgeher kann, ist umgehend nach § 19 HAltlastG das Wasserwirtschaftsamt Friedberg als technische Fachbehörde, die nächste Polizeidienststelle oder der Abfallwirtschaftsbetrieb des Wetteraukreises zu benachrichtigen, um die weitere Vorgehensweise abzustimmen.

Auf den Grünflächen ist für sämtliche organische Abfälle vorrangig die Eigenkompostierung durchzuführen. Sämtliche sonstige anfallenden Abfälle sind der Verwertung bzw. Entsorgung gemäß der kommunalen Satzung zuzuführen.

D. RECHTSGRUNDLAGEN

14. ALS RECHTSGRUNDLAGEN SIND ZU BEACHTEN:

Baugesetzbuch (BauGB),

- Baunutzungsverordnung (BauNVO),

- Planzeichenverordnung (PlanzV 90), - Hessische Bauordnung (HBO),

jeweils in der z. Zt. der öffentlichen Auslegung geltenden Fassung.

PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN UND MAßNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)

Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur **Entwicklung von Natur und Landschaft**

Entwicklung von Ackerwildkrautstreifen

Erhaltung von Grünlandbeständen

Erhaltung und Entwicklung von Streuobstwiesen

leuanlage von Streuobstwiese

Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern

SONSTIGE PLANZEICHEN

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches

Das Anzeigeverfahren nach § 11 Abs. 3 BauGs wurde durchgeführt. Die Verletzung von Rechtsvorschriften wird Verfügung vom 3. Jun 30 Az.: V32. 2-Gld CV/01- Obertsto

BEBAUUNGSPLAN

mit integriertem Landschaftsplan

GARTENGEBIET "MÜNSTERER GÄRTEN"

DER STADT BUTZBACH STADTTEIL HOCH-WEISEL

PLANUNGSGRUPPE FREIRAUM UND SIEDLUNG

ROSBACHER WEG 8, 61206 WÖLLSTADT @ 06034 / 4657 + 3059; FAX 06034 / 6318

MARSTAB ZEICHNERIN BEARBEITER STÜDEMANN

DATUM OKTOBER 1997 HESELER : 1.000